

Die neuen Verhandlungen Dr. v. Seidlers.

Eine Erklärung der Ukrainer.

Der neuerlich betraute Ministerpräsident Dr. R. v. Seidler nimmt nun die Verhandlungen mit den Parteien des Abgeordnetenhauses zur Vorbereitung der Parlamentstagung wieder auf. Seine Bemühungen werden sich gegen das Zentrum des Hauses richten müssen, da die Tschechen und Südslaven in ihren Berichten beim Kaiser sich, wie verlautbart wird, neuerlich eine oppositionelle Haltung, jedoch mit Beschränkung auf parlamentarische Mittel festgelegt haben, und die Polen sogar jede persönliche Verhandlung mit ihm verweigern; wie sie vermelden, sollen sogar unter den Polen Strömungen für einen Anschluß an die slavischen Oppositionsparteien bestehen. Würde dies eine Verschärfung der deutsch-polnischen Gegensätze bedeuten, so gibt eine neue Erklärung der Ukrainer neuerlich Aufschluß über die derzeit unüberbrückbaren Gegensätze zwischen Polen und Ukrainern; in der R. U. erwidert nämlich auf die Feststellung des Polenklubvorstandes, daß die Polen nach wie vor bereit seien, auf Grundlage der Einheit Galiziens in Verhandlungen über einen Ausgleich mit den Ukrainern zu treten, die ukrainische parlamentarische Vertretung, weitere Verhandlungen würden ihrerseits nicht für notwendig gehalten. Die Ukrainer haben ihren unzweideutigen Darlegungen nichts mehr hinzuzufügen, und stimmen dem Standpunkte, nur auf Grundlage der Nichtteilung Galiziens in Ausgleichsverhandlungen zu treten, unter keiner Bedingung zu. Für die Ukrainer sei nur ein ernstgemeinter Vorschlag auf Teilung Galiziens auf Grundlage der völkischen Abgrenzungen verhandlungsreif. In diesem Falle, also nach Sicherstellung der Teilung Galiziens, seien die Ukrainer auch bereit, über den Schutz und die Rechte der nationalen

Minoritäten auf ukrainischem Gebiete in Verhandlung zu treten.

Die Polen halten am Mittwoch eine Besprechung ihrer parlamentarischen Kommission ab, in der die Einberufung einer Vollversammlung nach Wien oder Krakau beantragt werden dürfte. Die deutsch-nationalen Parteien treten am Mittwoch zu einer Vollversammlung zusammen, die sich gleichfalls mit dem vorläufigen Abschluß der Krise befassen wird. Auf Grund der Vorverhandlungen dieser Woche soll am Montag in einer vom Präsidenten Dr. Groß einberufenen Obmännerkonferenz die Arbeitseinteilung der kommenden Tagung vereinbart werden. Man wird in dieser Beratung auch Aufklärung über die sonderbare Tatsache erhalten, daß als Tagesordnung der ersten Sitzung mechanisch die der letzten Sitzung übernommen wurde, obgleich die erste Lesung des Budgetprovisoriums die dringlichste Aufgabe ist und dieses bereits seit Mai im Hause eingebracht ist; eine Umstellung der Tagesordnung wird sich umso notwendiger erweisen, als z. B. die Reform der Effektenumsatzsteuer nicht kurzer Hand in zweiter Lesung zu erledigen wäre, doch könnte durch die Ausgabe der heutigen Tagesordnung der Opposition bereits ein Angriffspunkt für ihren Widerstand gegen das Budget gegeben sein.

Der Staatshaushalt ist heute in den Ex-Lex-Instand eingetreten, dessen Beseitigung allem andern vorausgehen muß. Für die erste Haussetzung sind bereits von allen Seiten Dringlichkeits-Anfragen angeknüpft, die sich teils auf die nationalpolitischen Ereignisse seit Mai, teils auf die Ernährungsnot beziehen; es besteht das Bestreben, die Verhandlung darüber mit der ersten Lesung des Budgetprovisoriums zugleich abzuführen, um Zeit zu ersparen.

Die Eröffnung der Sommertagung im Herrenhause

erfolgt am selben Tage wie im Abgeordnetenhause. Das Präsidium des Herrenhauses hat heute die Einladung zur nächsten (33.) Sitzung für Dienstag, den 16. Juli, um 3 Uhr nachmittags, mit folgender Tagesordnung ausgegeben:

1. Erste Lesung des Gesetzes über die Durchführung der Veränderungen im Grundbuche, die durch öffentliche Straßen-, Weg- oder Wasserbauanlagen hervorgerufen werden (Straßenbauverbüchergesetz); 2. Erste Lesung des Antrages der Herrenhausmitglieder Prof. v. Wettstein, Sieghart und Genossen, betreffend ein Gesetz, womit die gesetzlichen Normen über die Stellung und die Bezüge der Professoren an den Universitäten und den denselben gleichgestellten Hochschulen und Lehranstalten abgeändert werden; 3. Zweite Lesung des Gesetzes, womit anlässlich der Errichtung des Ministeriums für Volksgesundheit gesetzliche Bestimmungen über den Wirkungsbereich einzelner Ministerien abgeändert werden und 4. Bericht der Kommission für Sanitätsangelegenheiten über die Petition der Bezirkszentrale Wien für Tuberkulosenfürsorge, betr. Bestimmung von Spitalsbetten für Tuberkulöse in Wien durch den Staat.

Die zweitnächste Sitzung des Herrenhauses dürfte am Donnerstag, den 18. Juli, stattfinden. Mittwoch, den 17. Juli, ist für Kommissionsberatungen vorbehalten.

Landeshauptmann Schraffl beim Ministerpräsidenten.

Die christlichsoziale Parteikorrespondenz meldet: Der Landeshauptmann von Tirol Abg. Schraffl sprach heute beim Ministerpräsidenten in verschiedenen Tiroler Landesangelegenheiten vor. Mit wärmster Freude nahm Dr. R. v. Seidler die Mitteilung entgegen, daß die Tiroler Bauernsparksasse 15 Millionen Kr. Kriegsanleihe gezeichnet habe. Auch die parlamentarische Lage war Gegenstand der Besprechung, wobei sich der Ministerpräsident zuversichtlich über die Entwicklung derselben äußerte.